

Ende des Sozialismus -Ende der Arbeiterbewegung?

Gespräche mit Gerhard Beier, Ulrich Borsdorf, Hans-Hermann Hartwich, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg, Klaus Tenfelde über Lage und Perspektiven der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung am Beginn der neunziger Jahre*

Dr. Gerhard Beier, geb. 1937, ist Privatdozent an der Universität Kiel und arbeitet an einer Biographie über Herbert Wehner.

Dr. Ulrich Borsdorf, geb. 1944, leitet das Ruhrland-Museum in Essen.

Prof. Dr. Hans-Hermann Hartwich, geb. 1928, lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930, lehrt Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Prof. Dr. Hans Josef Steinberg, geb. 1935, lehrt Neuere Geschichte an der Universität Bremen.

Prof. Dr. Klaus Tenfelde, geb. 1944, lehrt Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Innsbruck.

Klaus Tenfelde: Thesen

I.

Es hat nie eine Zeit völlig ohne Gewerkschaftsgeschichte gegeben, auch nicht, wenn man nur die professionelle, die sogenannte „zünftige“ Historiographie — was selbstverständlich unzulässig wäre - gelten lassen wollte. Vor allem hat es immer Einzelkämpfer auf diesem Gebiet gegeben, und hier darf wohl daran erinnert werden, daß Gerhard Beier auf seine Weise zu diesen Einzelkämpfern der 1960er Jahre gehört hat, lange bevor sich sonst an den meisten Universitäten etwas regte. Das unter den Fachkollegen das Bedürfnis nach Gewerkschaftsgeschichte zu Beginn der 1970er Jahre stärker verspürt wurde, hing selbstverständlich generell mit den politischen Klimaveränderungen und Richtungswechseln zusammen; im engeren Sinne dürfte der Vorlauf der SPD-Historiographie eine wichtige Rolle gespielt haben. Ebenso mag, wenn ich das richtig konstatiere, eine gewisse Erlahmung dieser Anstrengungen während der letzten 5,7⁰ Jahre zu deuten sein. Diese Stellungnahme gilt nur für die Universitäten, nicht für das, was an anderer Stelle angestoßen worden ist; darauf komme ich noch kurz zurück. Aber wir bemerken doch in den Lehrveranstaltungen: Arbeiter sind nicht mehr „in“; eine Lehrveranstaltung zur Gewerkschaftsgeschichte findet vielleicht, aber allenfalls im Ruhrgebiet Resonanz. Das hängt auch damit zusammen, daß sich die Interessenschwerpunkte der ehemaligen Vorkämpfer im Zeitablauf verschoben haben - jedenfalls ist an den Universitäten „die Luft raus“, und das ist sehr bedauerlich. Ich sehe nicht, daß in letzter Zeit auf diesem Gebiet etwa wieder vermehrt Forschungsanträge gestellt worden wären. - Als eine Erfahrung aus diesem Auf und Ab der Gewerkschaftsgeschichte möchte ich die These aufstellen, daß nicht speziell die jeweilige Konjunktur der Gewerkschaftsbewegung, sondern vielmehr generell die politische Konjunktur im

*Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 12. Januar 1990 in Düsseldorf.

Lande die historischen Interessen an den Gewerkschaften bestimmt und daß, nehmen wir unser aller Absicht, diesem Untersuchungsfeld die möglichst beste Förderung angedeihen zu lassen, wirklich ernst, eine Konsequenz für unser Handeln die Verstetigung der Beschäftigung mit Gewerkschaftsgeschichte auch und gerade im politischen Konjunkturtief sein sollte. Selbstkritisch darf wohl gesagt werden, daß wir es daran haben fehlen lassen. Wir sollten forschungspolitisch azyklisch zu handeln lernen.

II.

Im Rückblick auf die vielleicht rund zehnjährige Konjunktur der Gewerkschaftsgeschichte ist positiv zum einen zu vermerken, daß die Geschichte der Gewerkschaften in diejenige der Arbeiterbewegung sozusagen zurückgeholt werden konnte, oder anders ausgedrückt, daß ein drohendes Versiegen der Gewerkschaftsstimme im historischen Chor der Arbeiterbewegung verhindert werden konnte. Gleichwohl ist die SPD-Historiographie auch im eben konstatierten konjunkturellen Tal dominant geblieben. Zweitens war positiv, daß Sozialgeschichte in die Gewerkschaftsgeschichte hereingeholt worden ist, dies ein Vorgang, den man vielleicht auch als „Anglikanisierung“ der deutschen Gewerkschaftsgeschichte bezeichnen kann. Sie hat damit international Anschluß gewonnen. Ich weiß nun, daß es immer wieder billig ist, Vergleiche zu fordern. Transnationales Denken auch mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft zu pflegen, scheint nur hingegen ein gewerkschaftspolitisches Gebot der Stunde. Viel zu wenig wird dafür getan; viel zu wenig auch bedienen sich deutsche Gewerkschaftshistoriker der für transnationale Geschichtsforschung gerade auf diesem Feld ja durchaus vorhandenen Institutionen.

III.

Es ist wohl richtig, daß die Gewerkschaftsforschung durch deren Aufschwung an den Universitäten auch außerhalb derselben professionalisiert werden konnte; das ist ein weiterer positiver Einfluß, der freilich Kosten hatte. „Glanz und Elend der Jubiläumsgeschichte“ ist, um mit Gerhard Beiers Worten zu reden, als ein Problem auch demjenigen Gewerkschaftsführer bewußter geworden, der sich mit dem Gedanken trägt, das nächste Jubiläum, den nächsten Gedenktag historisch zu verschönen. In den Gewerkschaftsspitzen ist bemerkt worden, daß Historiker ihrerseits Initiativen entfaltet; man hat das begrüßt und uns werkeln lassen, uns auch nicht unmaßgeblich unterstützt und gar in Kauf genommen, daß die dann für die Publikation unterstützten Produkte nicht immer gleichermaßen lesenswert und, vor allem, durchaus nicht immer lesbar waren. Es wird eine besonders wichtige Aufgabe sein, dieses gewiß sehr unterschiedlich vorhandene, aber immerhin vorhandene Verständnis für professionelle Historiographie über die gegenwärtigen Jubiläumsjahre hinaus „zu retten“. - Professionell wird jetzt im Bereich Geschichte ja auch innerhalb der Gewerkschaften gehandelt; die Anzahl der akademischen Seiteneinsteiger, die hier Aktivitäten entfalten, ist größer geworden, und ich möchte es auch als einen wohlverstandenen Beitrag zur Professionalisierung des Gebiets werten, wenn es in großen Gewerkschaften Gruppierungen gibt, die in ihrer Zusammensetzung und Absicht den Geschichtswerkstätten ähneln. Es steht Zunfthistorikern gar nicht gut an, hier räsonierend die Klingen zu wetzen und es gleich schon besser zu wissen; soweit ich sehe, geschieht das auch nicht, das ist erfreulich. Ich fürchte allerdings, daß auf dieser nur scheinbar nichtprofessionellen Ebene der Gewerkschaftshistoriographie gleichfalls der Schwung inzwischen etwas erlahmt ist. Soweit wir können, sollten wir auch hier zur Verstetigung beitragen.

IV.

Ich habe durchaus Sympathien für „Alltagsgeschichte“, aber auf dem Feld der Gewerkschaftsgeschichte darf sie nicht zu einer Über- und Hinweg-Spezialisierung

führen. Es ist überhaupt nichts dagegen zu sagen, daß zünftige und nichtprofessionelle Gewerkschaftshistoriker Alltagsgeschichte betreiben, nur, daß sie sich damit von ihrem eigentlichen Untersuchungsfeld entfernen. Hier gilt es, das zu Erklärende, den, wie Helga Grebing das vor Jahren auf einer Konferenz der Historischen Kommission zu Berlin formuliert hat. „Prozeß der Organisierung“ nachhaltig im Bewußtsein zu erhalten.

V.

Es ist gelungen, nicht nur manche führende Gewerkschafter, sondern auch die gewerkschaftlichen Institutionen stärker für Geschichte zu interessieren. Gerade mit dem erwähnten Ziel einer Verstärkung des Geschichtsinteresses muß uns daran gelegen sein, im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften selbst etwa den Umstand, daß die Hans-Böckler-Stiftung inzwischen einen kleinen Schwerpunkt auf diesem Gebiet entfaltet hat, zu würdigen und die Absichten zu fördern. Das gilt auch natürlich im Hinblick auf das DGB-Archiv. Zu denken gibt mir, welche Art von Geschichte wir zu fördern haben. Den Gewerkschaften liegt verständlicherweise die kämpferische Instrumentalisierung von Geschichte nahe: das war schön die Absicht der alten Gewerkschaftshistoriographen, und es hat immer auch die Einzelkämpfer auf diesem Gebiet beflügelt. Es ist dies ein kurzsichtiges Verständnis vom Nutzen der Geschichte. Ihre Kenntnis befähigt nicht unmittelbar zum Kampf, sondern klärt auf, vermittelt Kraft zu selbstbewußten Handeln, verleiht Souveränität und gewiß auch Identität. Aus der Kenntnis der Geschichte lassen sich aber kaum tagespolitisch verwertbare Argumente beziehen. Oder, mit anderen Worten: Man braucht einen längeren Atem für die Geschichte, aber solch ein Wind kann dann weiter tragen.

VI.

Fragen wir uns doch auch häufiger, was wir selbst in der jahrelangen Beschäftigung mit der Geschichte der Gewerkschaften gelernt haben. Für mich möchte ich betonen, daß mir die Beschäftigung mit diesem Gegenstand kritisches Potential im akademischen Diskurs bewahren und oft auch stärken half. Die Kehrseite dieser Erfahrung lag im Zuschreibungspotential der konservativen Seite, einem Potential, das ja gleichermaßen diffamiert, ob von links oder rechts. Soweit wir an den Universitäten tätig sind, dürften wir alle bestrebt sein, der Gewerkschaftsgeschichte einen prominenten Platz in unserem Wirken einzuräumen, uns von ihr aber nicht vereinnahmen zu lassen, auch weil wir die Befürchtung hegen, das schade unserem guten Ruf, und zwar nicht wirklich wegen des in der Universitätslandschaft, so möchte ich behaupten, heute generell anerkannten Gegenstands, sondern wegen der Einseitigkeitsgefahr, die Akademiker fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Zu meinen Erfahrungen zählt auch, daß es nicht wirklich gelungen ist, unseren gewerkschaftshistorischen Aufgaben und Interessen ein festes organisatorisches Kleid zu geben. Immer wieder einmal hat es hierzu, nicht nur von unserer Seite. Anstöße gegeben. Es gibt viele Gründe dafür, daß diese nicht zu einem dauerhaften Erfolg geführt haben. Einige Initiativen sollten wir aber jedenfalls erhalten und beleben. Ich bedauere sehr, daß wir es offenbar nicht geschafft haben, den Hans-Böckler-Preis für Gewerkschaftsgeschichte fest zu installieren.

VII.

Die Rolle der Gewerkschaften und damit auch die Rolle der Gewerkschaftsgeschichte wird trotz der Diskussion um das Ende der Arbeiterbewegung eher zu- als abnehmen, weil die Gewerkschaften beispielsweise die einzigen sind, die im kulturpolitischen Diskurs die Stimme des Arbeitnehmers authentisch hörbar machen lassen könnten. Anders als eine Volkspartei, die notwendig auf viele Gruppen Rücksicht nehmen muß. Hier bin ich also sehr wohl optimistisch, ich denke, daß die Gewerkschaften weiterhin eine wichtige Position einnehmen werden und genauso die Gewerkschaftsgeschichte

Frage: Ist die Luft wirklich raus? Ich habe den Eindruck, daß wir alle aus verschiedenen Gesichtswinkeln diese Analyse teilen; aber ich würde gern der Frage nachgehen, warum das so ist. Ist es eine konjunkturelle Erscheinung, wie Klaus Tenfeide es beschrieben hat, ist es eine politische Erscheinung oder hängt es auch damit zusammen, daß das meiste gesagt, erforscht ist?

Mommsen: Gesamtgesellschaftliche Konflikte treten zunehmend aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit und damit auch dem der Interessierten heraus—zum Teil, weil es zu einem gewissen Modus vivendi zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften gekommen ist. Fragen, die wir früher aus strukturellen Rücksichten sehr lebhaft diskutiert haben wie die gesamtgesellschaftliche Funktion der Mitbestimmung stehen heute nicht mehr auf der Tagesordnung. Das aktuelle Problem, daß die Montan-Mitbestimmung rückläufig ist, wird nicht ernsthaft erörtert. Es mag sein, daß die Entwicklung in Osteuropa dabei eine gewisse Rolle spielt: Die öffentliche Meinung zieht sich mit einigem Stolz auf die Erfolge des westlichen kapitalistischen Sozialstaats zurück, so daß dessen innere strukturelle soziale Probleme übersehen werden. In der Tat sind sie im Moment gegenüber der Grundfrage der Neubestimmung sozialistischer Programmatik im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch in den sozialistischen Ländern von geringerer Bedeutung. Der erwähnte Wandel hat sicher auch mit der Veränderung der Prioritäten, wie sie von den DGB-Gewerkschaften selbst gesetzt werden, etwas zu tun: etwa hinsichtlich der ökologischen Frage oder auch der Probleme der Dritten und Vierten Welt. Daraus wird zunehmend deutlich, daß die Maximierung von Lohnanteilen der Arbeitnehmerschaft nur eine von vielen Zielsetzungen der Gewerkschaftsbewegung sein kann.

Außerdem muß man wohl konstatieren, daß, sofern es in der reichen Bundesrepublik eine soziale Frage gibt, sie außerhalb des engeren gewerkschaftspolitischen Bereichs gravitiert - vielleicht mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit, deren Andauern allerdings dazu führt, daß man sie vielfach nicht mehr als Politikum empfindet. Insgesamt stehen wir in einer Übergangssituation, in der die herkömmlichen Paradigmen der Gewerkschaftsgeschichte nicht mehr hinreichen, und in der neue noch nicht so weit formuliert sind, daß namentlich Jüngere sich dazu aufgerufen fühlen könnten, mehr als eine Identifikationshistorie in diesem Bereich zu betreiben. Die älteren richtungspolitischen Konflikte der freien Gewerkschaften treten in der gegenwärtigen Situation vergleichsweise in den Hintergrund. Die Anknüpfungspunkte für eine Gewerkschaftsgeschichte müßten neu formuliert werden, und sie hängen wiederum indirekt mit der Programmdiskussion der Gewerkschaften zusammen. Diese hinwiederum müßte sich angesichts des erheblichen gesellschaftlichen Wandels innovativ verstehen und nicht einfach Bisheriges fortschreiben.

Auf die Stichworte „Paradigmenwechsel“ und „Ende der Arbeiterbewegung“ werden wir zurückkommen. Zunächst aber möchte ich einen Blick zurückwerfen auf die Erträge der Gewerkschaftshistoriographie: Wissen wir alles über die Vor- und Frühgeschichte der Gewerkschaften bis in das Wilhelminische Reich hinein?

Steinberg: Ich möchte eine allgemeine Bemerkung vorwegschicken: An den Universitäten gibt es nur noch wenig Interesse für Gewerkschaftsgeschichte, ja für die Geschichte der Arbeiterbewegung insgesamt. Dafür sehe ich mehrere Gründe: Erstens hat offensichtlich so etwas wie eine Überfütterung mit Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Gymnasien stattgefunden, und zwar von solchen Lehrern, die Mitte der siebziger Jahre an die Schulen gekommen sind. Zweitens ist die Zahl der Arbeiterkinder an den Universitäten, die zu Beginn der siebziger Jahre signifikant gestiegen war, erheblich zurückgegangen, so daß lebensgeschichtliche Anknüpfungspunkte fehlen. Was das Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaften generell

angeht, sind beide Seiten inzwischen offensichtlich voneinander enttäuscht. Der Euphorie, mit der seit Anfang der siebziger Jahre Kooperationsverträge geschlossen wurden, nach denen Wissenschaft im Dienst der Arbeitnehmer betrieben werden sollte, folgte die Verstimmung vieler Wissenschaftler über kurzfristige und kurzschlüssige Instrumentalisierungen, die schließlich dazu führten, daß mancher Wissenschaftler sich aus der Zusammenarbeit zurückzog. Nachdem man sich zwanzig Jahre lang aneinander abgearbeitet hat, dominiert heute eher die Lustlosigkeit.

Nun zur Frühgeschichte der Gewerkschaften bis zum 1.°Weltkrieg: Ich habe den Eindruck, daß die wesentlichen Entwicklungen inzwischen dargestellt worden sind, daß allerdings einzelne Organisationen noch der Aufarbeitung bedürfen. Ich bin erfreut, daß die IG Chemie dabei ist, ausgehend von der Geschichte des Fabrikarbeiterverbandes, eine Gesamtgeschichte dieser Gewerkschaft schreiben zu lassen. Natürlich ist es nie ganz unproblematisch, wenn Gewerkschaftsspitzen in solchen Projekten auch ihre eigenen aktuellen Interessen durchsetzen wollen. Was die einzelnen Verbände angeht, könnten die nächsten Jahre sehr wichtig sein, weil genau vor hundert Jahren, nach dem Sozialistengesetz, die Zeit vieler Neugründungen beziehungsweise der Neuformierung von Gewerkschaftsverbänden war. Hier könnte die Jubiläumsgeschichte, in einem positiven Sinn verstanden, zu neuen Erkenntnissen beitragen. Voraussetzung ist, daß die Zusammenarbeit zwischen denen, die für die Organisation verantwortlich sind, und den Wissenschaftlern relativ reibungslos klappt.

Wie steht es um die Geschichtsschreibung für die Zeit nach 1945 bis in die sechziger Jahre hinein?

Borsdorf: Es ist offenbar auch in der Geschichtsschreibung über die Gewerkschaften nicht ganz gelungen, den sozialgeschichtlichen Ansatz für die Zeit nach 1914 wirklich fruchtbar zu machen. Zudem haben auch die Gewerkschaftshistoriker bis jetzt die Hürde 1951 nicht wirklich übersprungen, was natürlich immer auch mit Quellenproblemen zusammenhängt. Insofern gibt es kaum eine Forschung zur Frühgeschichte der Bundesrepublik in sozialgeschichtlicher Absicht oder im sozialgeschichtlichen Zusammenhang – so daß für die Gewerkschaftsgeschichte dieser Zeit sozusagen der Boden fehlt.

Ich will aber auch noch ein paar allgemeine Bemerkungen machen: Wissenschaftliche Zuneigungen hängen auch mit Moden und Strömungen zusammen; Entscheidungen für Objekte, mit denen man sich historiographisch befassen will, haben auch mit Sympathien und Antipathien zu tun. Objekte, Themen, Personen, Gruppen, die als besonders kritikwürdig empfunden werden, lenken genauso das Interesse der Studenten auf sich wie solche, denen man aus bestimmten Gründen eher zugetan ist. Ich habe den Eindruck, daß die Gewerkschaften, die notwendiger- und vielleicht gar nicht einmal bedauerlicherweise an utopischer Potenz verloren haben, inzwischen in ihrem Außenbild auch an moralischer Integrität eingebüßt haben. Das dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, daß Studenten, junge Wissenschaftler bereit sind, sich wissenschaftlich mit den Gewerkschaften zu beschäftigen. Es liegt meiner Ansicht nach im Verantwortungsbereich der Gewerkschaften, daß es ihnen nicht gelungen ist, der Krise, in der sie schon seit einiger Zeit stecken, entgegenzuwirken, daß sie sich zum Beispiel noch nicht einmal für einen ethisch verantwortungsvollen Kapitalismus einsetzen, weil sie das offenbar nicht können.

Ich glaube überdies, daß die Gewerkschaften nicht erfolgreich genug dabei waren, von allen Zweigen der Wissenschaft und Forschung optimal zu profitieren. Die Hans-Böckler-Stiftung, dieses Eindrucks kann ich mich nicht erwehren, ist nicht zu dem Instrument weitsichtiger Wissenschaftsförderung geworden, das man sich im Sinne gewerkschaftlicher Ziele wünschen sollte. Im Falle der Geschichte mag das vielleicht

fast als gelungen angesehen werden können. Doch ist es fraglich, welche Entscheidungsprozesse mit welchem Maß an Transparenz in der Forschungsförderung nötig sind, in welchem Umfang eher tagespolitisch zu nennende Interessen an Ergebnissen und Personen solche Entscheidungen stärker leiten als innovative Fragen in notwendig Ungewisse Richtungen.

Wie steht es um den Substanzverlust, insbesondere auch den moralischen, der Gewerkschaften?

Hartwich: Ich stimme Tenfelde darin zu, daß es Konjunkturen gibt, und daß die Gewerkschaften in den siebziger Jahren sozusagen „Konjunktur“ hatten. Das ist heute nicht mehr so. Das liegt nicht allein am Glaubwürdigkeitsverlust, sondern auch daran, daß die Gewerkschaften generell in einer Defensive sind, die sie auf vielen Gebieten rat- und sprachlos macht. Andererseits öffnet sie diese Defensivlage auch wieder für bestimmte Themen.

Ich möchte noch ein Wort zur universitären Situation sagen: Es ist in der Tat ein Verlust an Interesse für Organisationsgeschichte festzustellen, gleichzeitig wächst das Interesse an Fragen der „Arbeit“, also an allem, was mit der Industriearbeit, mit Arbeitsbelastung, Arbeitsqualität und ähnlichen Dingen zu tun hat. Organisationsgeschichte wird heute teilweise durch eine sozialwissenschaftlich gepflegte Forschung der Entwicklung von Arbeit ersetzt. Da geht es zum Beispiel um die Geschichte der Leistungsentlohnung oder die Geschichte des Normalarbeitsverhältnisses. Diese Forschungsrichtung scheint mir angesichts defensiver Gewerkschaften genau richtig zu liegen: Sie kann den Gewerkschaften in ihrer schwierigen Lage Fingerzeige geben. Diese Form der Befassung mit Fragen der Arbeit ist zugleich eine Befassung mit Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

Ist Organisationsgeschichte also weitgehend passe?

Tenfelde: Wir haben in bestimmtem Maße einen Verlust des sozialgeschichtlichen Paradigmas zu beklagen. Er ist zum Teil in der Hinwegspezialisierung begründet. Ein Seminar zur Geschichte der Arbeit kann ich mit Erfolg anbieten, zumal dann, wenn es um Frauenarbeit geht. Ein Seminar zur Geschichte der Arbeiterfamilie, des Wohnens oder des proletarischen Vereinswesens läuft bedeutend besser als ein Seminar zur Gewerkschaftsgeschichte. Viele Bereiche, die in einem komplexeren Verständnis von Gewerkschaftsgeschichte als Deutungsteile zusammengehören, haben sich heute verselbständigt und sind oft jeweils für sich von Alltagshistorikern okkupiert worden. Wir haben sie fröhlich gewähren lassen und haben sie auch aus der wirtschaftsgeschichtlichen Deutungspflicht entlassen. Wohnverhältnisse zum Beispiel sind für uns als Gewerkschaftshistoriker etwas, das zur Erklärung des Organisationsverhaltens herangezogen werden muß. Ich spreche hier von Gewerkschaftshistorikern, die sich dem sozialgeschichtlichen Paradigma öffnen. Damit hängt zusammen, daß sich die Qualität des sozialgeschichtlichen Paradigmas im historischen Ablauf ändert.

Dies bestimmt sich vor 1914 anders als nach 1918. Die politische Sozialgeschichte etwa spielt für die Weimarer Republik eine größere Rolle, weil wir von einer tendenziellen Autonomisierung organisatorischen Handelns und proletarischer Politik in dieser Phase ausgehen können, während in der Zeit des Kaiserreichs sozusagen eine hohe Kongruenz zwischen Klassenverhältnissen und Ohnmacht der Arbeiterbewegung herrschte. Hier greift das sozialgeschichtliche Paradigma viel stärker, zum einen, weil es sich um Konstituierung von Bewegung handelt - und die konstituiert sich natürlich in erster Linie sozial - und zum anderen, weil die Klassenverhältnisse die Arbeiterbewegung in die Opposition gezwungen haben. Hier war der Zusammenhang von sich sozial Konstituierendem und sich Bewegendem sehr viel enger als nach 1918, weshalb

ich nicht von vornherein der Kritik beistimme, daß das sozialgeschichtliche Paradigma nach 1918 oder nach 1945 vernachlässigt worden sei. Es ist jedenfalls zum Teil zu Recht vernachlässigt worden, weil wir in einer anderen historischen Phase Gewerkschaftsgeschichte mit anderen Instrumenten untersuchen müssen, und das ist uns noch nicht bewußt genug geworden.

Ein Wort noch zur Gewerkschaftsgeschichtsforschung: Der Kritik von Ulrich Borsdorf an der Hans-Böckler-Stiftung kann ich so nicht zustimmen. Ich habe durchaus die positive Erfahrung gemacht, daß Ideen, die an sie herangetragen werden, von der Stiftung aufgegriffen wurden.

Geht diese Wegspezialisierung eigentlich auch mit so etwas wie einer methodischen „Biedermeierisierung“ einher?

Tenfelde: Ja, zum Teil. Es gibt auch einen Verlust an Intellektualität, an methodischer Reflexionskraft. Wir haben ja in unserem Verständnis von Gewerkschaftsgeschichte seit den frühen siebziger Jahren sehr komplexe Zusammenhänge deuten wollen. Daran besteht kaum noch Interesse: die Abkehr vom Strukturbegriff ist symptomatisch dafür.

Steinberg: Eine Geschichte der Arbeit etwa bis zur Reichsgründung konnte man schreiben, ohne daß das Wort Gewerkschaft fällt. Auch über das Wohnen kann man schreiben, ohne sich mit Gewerkschaften zu befassen. Im Zusammenhang mit der Alltagsgeschichte wird heute manches unter Nostalgie-Gesichtspunkten betrachtet, und die soziale Wirklichkeit des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts bleibt dabei gelegentlich unberücksichtigt. Da werden in Ausstellungen etwa Zimmer von Dienstmädchen gezeigt mit wunderschönen alten Truhen und Petroleumlampen. Eine Gesindeordnung, die etwas über die miserable soziale Lage der Bewohnerin sagen könnte, fehlt in der Regel. Derartige Verfälschungen schleichen sich allzu schnell ein.

Hartwich: Ich bin kein Prophet der Alltagsgeschichte. Mir geht es vielmehr um jene aktive, initiative Forschung, die relevante und interessante Teilbereiche der Gewerkschaften beleuchtet. Daraus kann eines Tages womöglich eine profunde Geschichte der Lage der Gewerkschaften zusammengesetzt werden. Solche Felder, die sich durch das 20. Jahrhundert hinziehen und die Aspekte auch der heutigen Wirklichkeit der Gewerkschaften ausmachen, sind zum Beispiel: Streiks, Arbeitsbewertung, Tariffragen, Tarifautonomie. Dazu gibt es inzwischen sehr aufschlußreiche Teilstudien.

Tenfelde: Ich verfolge die Arbeiten zur Geschichte des Arbeitsplatzes sehr genau, und ich fürchte, daß dabei vielfach der Blickwinkel verrutscht. So wird beispielsweise nicht über entsolidarisierende oder solidarisierende Tendenzen bei der Arbeitsplatzentwicklung geforscht, es geht vielmehr um die Psychogenese des Arbeiterverhaltens am Arbeitsplatz und ähnliches. Das sind sicher wichtige Themen, das Thema Gewerkschaft entschwindet jedoch, weil die Bindekraft fehlt.

Das Stichwort „Paradigmenwechsel“ ist gefallen. Kann man sich vorstellen, daß von einem Paradigmenwechsel aus rückblickend neue Forschungsimpulse ausgehen? Ergeben sich daraus Neustrukturierungen von Ergebnissen?

Mommsen: Das ist zu erörtern angesichts der Rückwirkungen der Krise des Sozialismus in Osteuropa – einem fundamentalen Paradigmenwechsel. Ich kann mir auch denken, daß aus einer anderen Sicht, etwa der ökologischen Problematik oder aus der Diskussion des Fortschrittbegriffs heraus bestimmte Aspekte der Gewerkschaftsgeschichte anders gedeutet werden müssen. Ich glaube allerdings nicht, daß eine isolierte Gewerkschaftsgeschichte in der gegenwärtigen Konstellation noch sehr viel Chancen hat. Ich war immer schon ein bißchen skeptisch, Gewerkschaftsgeschichte von der Geschichte der Arbeiterbewegung zu isolieren.

Was die Frage der Kooperation von Gewerkschaften und Wissenschaft angeht, war von dem zu ausgeprägten pragmatischen Interesse der gewerkschaftlichen Partner schon die Rede. Dabei sind die grundlegenden Fragen der Welthorizonte und der Einordnung der Funktion der Gewerkschaften in einer sich wandelnden Gesellschaft zu meinem Bedauern zu kurz gekommen. Hinzu kommt die allgemeine dehistorisierende Tendenz. Vielleicht kann man die Hans-Böckler-Stiftung davon ausnehmen, weil sie sich historischen Fragen aufgeschlossen zeigt. Was mir fehlt, ist die in den sechziger Jahren von Galbraith angeregte Diskussion auf einer neuen Ebene: Es müßte herausgearbeitet werden, was denn die Funktion von Gewerkschaften in der westlichen Gesellschaft ist. Das gerät mehr und mehr in Vergessenheit, aber solange diese Diskussion nicht geführt wird, solange wird auch die Historie der Gewerkschaftsbewegung und alles, was dazugehört, an Farbe verlieren. Es wurde richtig diagnostiziert, daß, im Unterschied zu den siebziger Jahren, das studentische Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung heute geringer ist. Ich unterstreiche auch das, was bezüglich der rückläufigen Zahl der Arbeiterstudenten gesagt wurde—in Bochum ist das mit Händen zu greifen. Insgesamt ist man heute gelegentlich in einer Situation, in der man das Gefühl hat, man müsse, was das Interesse angeht, sowohl bei den Studenten wie bei jüngeren Kollegen, ganz neu anfangen.

Ist das beschriebene instrumentelle Verständnis der Gewerkschaften von Wissenschaft ein Handicap für die Vermittlung von historiographischen Ergebnissen?

Beier. Instrumentalisierung findet ja meist im Zusammenhang mit Kongressen oder Jubiläen statt. Wenn im Hinblick auf solche Ereignisse einiges erforscht ist und das Ganze zwischen zwei Pappdeckeln fertig vorliegt, erlahmt das Interesse. Es taucht dann schnell die Frage auf, ob die Bücher in der Hoffnung auf anhaltende Nachfrage länger im Keller gelagert oder ob sie schnell kostenlos unters Volk gebracht werden sollen.

Die Bereitschaft, einen langfristigen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis der Gewerkschaften zustandezubringen, habe ich, obgleich ich das schon seit 1962/63 mache, bisher nicht in aller Konsequenz erleben können. Vielleicht stellen die IG Bergbau, die IG Metall und die ÖTV positive Ausnahmen dar.

Ich habe zum Beispiel über Funktion und Funktionswandel der Gewerkschaften geschrieben, ohne daß eine kompetente Stelle aus dem gewerkschaftlichen Bereich bei mir nachgefragt hätte, ob man das nicht weiterentwickeln könne. Die Anregung ist sozusagen versackt.

Steinberg: Wir sollten uns und die Gewerkschaften nicht überfordern. Warum sollte ein führender Gewerkschaftsfunktionär einen Sinn für Grundlagenforschung haben? Er hat vielmehr Sinn für die Anwendung, und das ist etwas, was den Wissenschaftler oft frustriert. Wenn zum Beispiel die Arbeitsrechtler fragen, was sollen wir erforschen, dann lautet die gewerkschaftliche Antwort meist, sie sollen doch einen Kursus „Arbeitsrecht für Betriebsräte“ abhalten. Und wenn Wissenschaftler gelegentlich fürchterliche Mißstände in von Gewerkschaftlern dominierten Betrieben (Bremer Lagerhausgesellschaft) feststellen und aufzeigen, dann hält sich die Begeisterung bei den Gewerkschaften in Grenzen. Bei der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Wissenschaft muß also immer die verschiedene Interessenlage berücksichtigt werden.

Hartwich: Nach meinem Dafürhalten ist die stark aus den sechziger und siebziger Jahren stammende, an Ideologien und Ideologiefragen interessierte Forschung tot. Dagegen ist die technokratische Orientierung, an der ja auch die Gewerkschaften interessiert sind, stärker geworden. Technokratisch ist zum Beispiel die Funktion der Gewerkschaft, wenn sie Tarifverträge abschließt. Diese Orientierung sehe ich als relevant für jemanden an, der an Geschichte der Gewerkschaften interessiert ist.

Stellt die Entwicklung in Osteuropa und besonders in der DDR die Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht vor Fragen, die ihre Kapazitäten für derartige technokratische Orientierungen womöglich absorbieren?

Mommsen: Beim Kontakt der Gewerkschaften der Bundesrepublik mit den DDR-Gewerkschaften handelt es sich um einen charakteristischen Test: Statt daß man sich darauf besinnt, daß man andere Gewerkschaften in der DDR haben will, nämlich freiheitlich bestimmte, kann man die Rolle der Staatsgewerkschaft als geheimes Selbstideal nicht abstreifen, so daß es so aussieht, als strebten DGB und Gewerkschaften die Aufrechterhaltung des FDGB an. Ähnliche Tendenzen gab es ja auch bei der SPD im Verhältnis zur SED. Etwas mehr historisches Bewußtsein über die Manipulationsmechanismen bei der Gleichschaltung der demokratischen Richtung 1945/46 würde nicht schaden. Hier stößt man an die Grenzen des bloß technokratischen Denkens. Man kann an diesem Fall sogar deutlich zeigen, daß die großen Organisationen der westdeutschen Arbeiterbewegung in solchen Umbruchsituationen, in Situationen der politischen Herausforderung schlechthin handlungsunfähig sind. Sie wissen nicht, wo ihre wertpolitischen Optionen eigentlich liegen.

Daß die SPD sich in eine Situation begeben hat, in der sie die jetzige SED mit dem Fortsatz „Demokratischer Sozialismus“ als Repräsentantin der eigenen Tradition akzeptierte oder zumindest nicht dagegen protestierte, war eine fatale Fehlentwicklung. Auch da hätte ein bißchen Traditionalismus nicht geschadet, das Zurückgehen zum Beispiel auf den Standpunkt von Kurt Schumacher. Die rechtzeitige Forderung nach Wiedergründung der SPD hätte die Situation sehr entlastet. Inzwischen vollzieht sich dieser Prozeß selbsttätig. Was den DGB angeht, fehlt es an einer klaren Position gegenüber dem FDGB. Das hängt zusammen mit einer bloß technokratischen Orientierung, mit einem bloß funktionalistischen Selbstverständnis in Situationen, in denen Prioritäten zu setzen wären.

Verbirgt sich hinter dieser Entwicklung ein Mangel an Wissen über die eigene Funktion?

Beier: Es gibt zumindest Lücken im historischen Bewußtsein. Ich will ein Beispiel nennen: Der FDGB ist zur Zeit dabei, die Frage der Finanzautonomie neu zu regem. Die Auseinandersetzung um die Finanzhoheit des Dachverbandes oder die Finanzhoheit der Industriegewerkschaften war der große Streitpunkt bei den Interzonen-Konferenzen. Der FDGB ist offenbar dabei, das in dem Sinne zu reformieren, daß die Beiträge in Zukunft direkt an die Industriegewerkschaften gehen werden und der Dachverband aus dem Topf der Gewerkschaften finanziert wird. In der Bundesrepublik muß man inzwischen die umgekehrte Lehre ziehen: Das hiesige Organisationsmodell hat offenbar eine zu starke Finanzhoheit der Industriegewerkschaften vorgesehen. Hieraus resultiert ein Großteil der Misere des DGB in den letzten zehn Jahren.

1948 hat Fritz Tarnow bei der Interzonen-Konferenz in Leipzig eine Prinzipienklärung abgegeben, in der als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften die Anerkennung der Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, bestimmter Grundfreiheiten und der Menschenrechte gefordert wurde. Diese Forderung hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Es sind Essentials, von denen man nicht absehen kann und ohne die eine engere Zusammenarbeit nicht möglich ist. Eine weitere Frage ist, ob wir nicht das Manifest zur deutschen Einheit von 1956/57 wieder aufgreifen wollen. Die Wiedervereinigung, so heißt es bereits in diesem Manifest, kann keinen Anschluß und keine Gleichschaltung der DDR bedeuten, sondern muß vorwärtsorientiert sein. Warum sollten wir diese Forderung nicht weiterentwickeln?

Borsdorf: Ich finde, daß die derzeitige Entwicklung des FDGB ein schönes Beispiel dafür ist, wie man falsch aus der Geschichte lernen kann. Wenn der FDGB sich jetzt auf

das Industriegewerkschaftsprinzip bezieht, so ist das vielleicht ein Fehler: Das Industriegewerkschaftssystem ist in der Bundesrepublik schon kein den Produktionsverhältnissen adäquates Organisationsprinzip mehr. Es beruht auf einer Vorstellung der Produktionsverhältnisse, die den Werkstoff (Holz, Metall und so weiter) zum Organisationsschnittpunkt der Arbeitnehmer macht. Eine solche sozusagen überholte Struktur in der DDR zu installieren, ist höchstens in dem Sinne richtig, daß das Industriegewerkschaftsprinzip demokratischer ist als eine zentralistische Einheitsgewerkschaft.

Steinberg: Ich glaube, die Frage der Organisationsstruktur ist zweitrangig. Was die bundesrepublikanischen Gewerkschaften sich überlegen müssen ist, welche Sozialstrategien sie hinsichtlich der Lebenslage der arbeitenden Menschen in der heutigen DDR entwickeln wollen - auch unter dem Aspekt einer nach ökonomischen Gesichtspunkten gar nicht aufzuhaltenden Vereinigung. Das scheint mir das zentrale Problem der Gewerkschaften zu sein, bei dem es um ein Instrumentarium geht, das verhindert, daß innerhalb der Werktätigen eine Zweiklassengesellschaft unter einem politischen Dach entsteht.

Hartwich: Die Gewerkschaften sind überfordert, wenn sie die Lage der Arbeiter in der DDR tatsächlich verbessern wollten. In der Bundesrepublik steht den Gewerkschaften nach meiner Beobachtung das Wasser bis zum Halse, weil sie, entsprechend ihren Funktionen als Arbeitnehmer-Organisationen, schwierige Auseinandersetzungen vor sich haben. Nach meinem Verständnis sind die anstehenden Tarifauseinandersetzungen auch ihre vordringlichste Aufgabe. Deshalb kann man auch nicht sagen, die Gewerkschaften müßten sich in dieser Situation in erster Linie um die Entwicklung in der DDR kümmern.

Dennoch stellt sich die Frage, welchen Beitrag Gewerkschaftsgeschichte, die kritische Auseinandersetzung mit unserer eigenen Vergangenheit, zur Überwindung der aktuellen Krise der Gewerkschaftsbewegung leisten kann. Hans Mommsen hat beklagt, daß die Gewerkschaften keine normative Orientierung mehr hätten. Dahinter steht eine grundsätzliche Frage: Ist in den Gewerkschaften wieder eine Art Wertlehre notwendig, eine Wiederbelebung des in den siebziger Jahren vorherrschenden Interesses an ideologischen Fragen bei der gesellschaftspolitischen Funktionsbestimmung?

Mommsen: Entweder begreifen sich die Gewerkschaften als Verband, oder sie versuchen die Tradition, die sich aus der demokratischen sozialistischen Arbeiterbewegung ergibt, hochzuhalten. Wenn sie das getan hätten, hätten sie verlangen müssen, daß die Tariffähigkeit der DDR-Gewerkschaften hergestellt wird. Ich habe nicht erkennen können, daß das der Fall war. Man hat das Gefühl, daß einige Leute noch vom direkten Einfluß der Gewerkschaften auf den Staat träumen und deshalb meinen, man könne die Vorzüge der DDR beibehalten und brauche lediglich einige Schwachpunkte zu beseitigen. Eine derartige Position kann nicht allein auf ein historisches Bewußtsein zurückgeführt werden. Zu erwarten und zu fordern wäre eine stärkere Ausrichtung an eigenen Traditionen und eine entsprechende Handlungsorientierung. In einer Situation, wie wir sie jetzt haben, können die Gewerkschaften nicht warten, bis Wissenschaftler ihnen gesagt haben, was sie tun müssen, sondern sie müssen sich auf ihre eigenen Weitstandpunkte beziehen, wenn sie nicht ihre moralische Glaubwürdigkeit verlieren wollen. In solchen Situationen geht es eben nicht nur darum, politische Inter-essenstandpunkte zu berücksichtigen, sondern darum, eine grundsätzliche Position zu haben. Der DGB-Vorsitzende hat in den letzten Wochen mehrfach vor der Gefahr gewarnt, daß der westdeutsche Kapitalismus die DDR aufsauge, was sicherlich so gesehen werden kann. Aber die eigentliche Gewerkschaftspolitik wird in derartigen Stellungnahmen leider vollkommen ausgeklammert. Die zentrale Frage ist nicht der Lebensstandard der DDR-Bürger, sondern die, welches Modell an die Stelle der bisherigen Gewerkschaften treten soll. In dieser Frage ist der DGB bisher nicht nur aus takti-

schen Gründen außerordentlich zurückhaltend, weil er nicht so recht weiß, wie er die neuen Gewerkschaftsinitiativen beurteilen soll.

Ich bin davon überzeugt, daß in einer Zeit politischer Umschichtung wie der heutigen die Besinnung auf die eigene grundsätzliche Position absolut notwendig ist. Daß der gesamte östliche Sozialismus vollkommen zusammengebrochen ist, und damit ja auch die marxistische Tradition, stellt eine epochale Wandlung dar, auf die auch die Gewerkschaften reagieren müssen, weil sich die Perspektiven ändern. Der gewerkschaftliche Pragmatismus kann auf die Dauer nicht genügen.

Gibt es nicht schon länger einen Verfall der Handlungsmaximen in den Gewerkschaften? Anders gefragt: Können Gewerkschaften überhaupt so etwas wie eine ethische Instanz gegenüber der Gesellschaft, aber auch nach innen darstellen?

Beier: „Wenn es einem schlecht geht, muß man sich auf seine Grundsätze besinnen“, hat Hans Böckler einmal formuliert. Es gibt Ansätze zu solcher Besinnung. Die erwähnte Prinzipienklärung beispielsweise. Die Gewerkschaften haben auch gelegentlich versucht, Grundsätze gewerkschaftlichen Verhaltens in Tugendkatalogen nach dem biblischen Vorbild der Zehn Gebote zu formulieren. Das blieb trivial. Nirgendwo findet sich eine anspruchsvolle, systematische Ausarbeitung gewerkschaftlicher Ethik. Es fehlt auch an entsprechenden Instanzen im Aufbau der Verbände. Die Gewerkschaften haben sich mit diesen Fragen bisher nicht systematisch auseinandergesetzt. Beim Skandal um die Neue Heimat waren die Gewerkschaften als „moralische Anstalt“ gefordert. Womöglich hätte eine Ethik-Kommission helfen können. Das Problem wurde auf dieser Ebene nicht gelöst - mit der Konsequenz des Verfalls moralischer Autorität im Lande. In der fehlenden ethischen Instanz sehe ich eine empfindliche Lücke in der bisherigen gewerkschaftlichen Theorie und Praxis.

Tenfelde: Suchen wir jetzt nicht etwas zuviel nach gewerkschaftlicher Ethik? Daß es so etwas wie einen Tugendkatalog gewerkschaftlichen Handelns nicht gibt, ist ein Preis, der für die Gründung der Einheitsgewerkschaft gezahlt werden mußte. Man muß sich darüber im klaren sein, daß mit der Einheitsgewerkschaft notwendigerweise auch ein Verlust an ethisch-weltanschaulich gebundener Tradition einhergegangen ist. Insofern sollten wir nicht etwas suchen, dessen Verlust möglicherweise für die Gewerkschaften positiv gewesen ist. Wir sollten uns nicht bemühen, etwas zu finden, das die Gewerkschaften wieder parteilich binden würde oder das an vorindustrielle Traditionen anknüpfen müßte. Was die DDR und den Umbruch in Osteuropa angeht, bin ich der Meinung, daß wir in die Gefahr geraten, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Natürlich kann es keinen Streit über die Abkehr vom Stalinismus geben oder über die Notwendigkeit von Tarifautonomie. Aber ich erinnere an die Unterdrückung der deutschen Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes. Damals hat sie die große Chance des 12jährigen Verbots genutzt, um sich an Haupt und Gliedern zu erneuern und zu neuen Organisationen zu finden. Bietet nicht auch das Ende eines 40jährigen Verbots der Arbeiterbewegung in der DDR heute die Chance einer relativen Neuorganisation der Gewerkschaften? Dabei kann es nicht darum gehen, DGB-Prinzipien zu übernehmen, die sich als überlebt erwiesen haben.

Dann zur Frage der Nation: Die Nation hatte sich als sozialer und wirtschaftsstruktureller Handlungsraum während der letzten zwanzig/dreißig Jahre für westdeutsche Intellektuelle bereits weitgehend verflüchtigt. Durch die völlig offene Situation verstärkt sich dieses Problem jetzt für die DDR. Wie sollen die Gewerkschaften vor diesem historischen Hintergrund handeln? Darauf gibt es keine einfachen Ratschläge, schon gar nicht den Rat: Anschluß an das DGB-Organisationsmodell. Das wäre möglicherweise eine vergebene Chance.

Steinberg: Die leninistischen Strukturen sind in den Ländern Osteuropas schon seit langem überholt, die des Sozialismus spielen im Bewußtsein der großen Masse der Menschen keine Rolle mehr. In ganz Westeuropa gibt es zum Beispiel schon seit Jahren nicht einen solchen Antikommunismus wie etwa in Polen. Das Bewußtsein der Menschen wurde überhaupt nicht mehr von Ideologie bestimmt, und das gilt für die DDR genauso. Diese vergangenen 4⁰Monate sind – um es mit Thomas Mann auszudrücken – der große Donnerschlag, der all das sichtbar macht, was über Jahre schon Wirklichkeit war, nur eben nicht ins Bewußtsein gehoben wurde. Auch wir als Historiker und Politologen müssen uns selbstkritisch fragen, wie weit wir aus Opportunismus im Umgang mit der sogenannten Wissenschaft dort, im Umgang mit Kollegen, mit dazu beigetragen haben, und warum wir nicht sehen wollten, daß da eine Schizophrenie existierte. Wir haben diese Schizophrenie hingenommen und haben auf der Ebene einer vermeintlichen Wissenschaftlichkeit diskutiert. Wir haben mit dazu beigetragen, es den Kollegen drüben leicht zu machen, in dieser Schizophrenie zu leben.

Hartwich: Aus meiner Sicht ist der Leninismus nicht tot. Er beinhaltet im Kern doch eine Kaderorganisation mit zentralistischen Entscheidungsstrukturen, die die Menschen dazu erzieht, von oben nach unten zu denken. Diese Strukturen sehe ich in der DDR als außerordentlich gefestigt an. Ich könnte mir vorstellen, daß die Prinzipien dieses schrecklichen Leninismus, selbst wenn es eine demokratische politische Ordnung geben wird, diese Demokratie geradezu gefährden könnten und daß es zu verstärktem Rechtsextremismus kommt, weil der Gewöhnungsprozeß eine bestimmte Ordnungsliebe hervorgebracht hat, die bei einer Desorientierung des Systems weiter fortbesteht.

Ist es dann nicht um so mehr eine Aufgabe der hiesigen Gewerkschaften, auf diese Entwicklung zu reagieren und eigene Konzeptionen zu entwickeln?

Beier: Gibt es das Problem des Stalinismus oder Leninismus nicht auch in den Gewerkschaften der Bundesrepublik? Die DKP, die bei den Wahlen nichts gewinnen konnte, hat sich die Gewerkschaften als ihr Arbeitsfeld ausgesucht. Die Frage ist: Wie reagieren wir nun im Dialog mit den entsprechenden Kollegen? Sollen wir in Zukunft auf diese Kollegen integrativ zugehen, oder wollen wir auf Abstand gehen?

Mommsen: Innenpolitisch scheint mir diese gewerkschaftsinterne Diskussion für die Bundesrepublik zur Zeit vergleichsweise uninteressant. Aber vor dem Hintergrund der Öffnung Osteuropas und der Entwicklung in der DDR wäre ein klares Bekenntnis der Gewerkschaften zur Demokratie ein politisches Programm. Man kann nicht den ganzen Ostblock zusammenbrechen sehen, ohne daß die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung sagt, welches ihre Vorstellungen sind.

Ich bin der Überzeugung, daß der demokratische Zentralismus sich historisch überlebt hat und keine Glaubwürdigkeit mehr hat. Wenn man das vom Standpunkt der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung betrachtet, wäre es außerordentlich naheliegend, die Geschichte der Gewerkschaften in der DDR aufgrund des jetzt möglichen Zugangs zu den Archiven intensiver zu verfolgen. Eine andere Frage, die dringend untersucht werden müßte, wäre der Widerstand der Opposition in Sachsen gegenüber der Verschmelzung von KPD und SPD und eine nähere Analyse der gewerkschaftlichen Politik in der gleichen Phase. Die gegenwärtige Situation öffnet viele Felder der Gewerkschaftsgeschichte neu, die vorher erschöpft schienen. Diese grundsätzlich veränderte Gesamtsituation gibt auch eine neue Diskussion über die Funktion der Gewerkschaften frei.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur Frage der Gewerkschaftsorganisation machen. Das westdeutsche Verlegenheitsprodukt kann in keiner Weise als Vorbild bezeichnet werden. Allerdings halte ich es für eine Illusion anzunehmen, daß die DDR-Entwick-

lung gesellschaftlich noch offen gehalten und eine andere Gesamtform der Organisation von Arbeitnehmer-Interessen ins Auge gefaßt werden könnte. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die DDR das politische System der Bundesrepublik kopiert hat - und zwar möglicherweise mehr mit den Nachteilen als mit den Vorteilen. Aufgrund des vorherrschenden ökonomischen Einflusses wäre es ein Trugschluß anzunehmen, daß eine rot-grüne Koalition gleichsam in der DDR die Verwirklichungschance findet, die sie hier nicht gehabt hat, oder daß gewerkschaftsreformatorische Ideen sich dort eher durchsetzen ließen.

Deshalb ist es so wichtig, daß die reformistisch-demokratische Linke des Westens klare Positionen bezieht und versucht, die Auflösungstendenz sozialistischer Strukturen so weit abzufangen, daß davon noch etwas übrig bleibt. Solange sich für sozialistisch-solidarische Ideen nur die SED oder der FDGB und ein kleiner intellektueller Klüngel namens SPD engagieren, rutscht das Ganze so nach rechts, das es nachher politisch nicht mehr zurückzuholen ist. Man verspielt die Attraktivität, die man zu einem Zeitpunkt, wo es noch Bewegung in den Organisationen gibt, haben könnte. Vielleicht ist es aber bereits zu spät.

Der DGB und seine Gewerkschaften stecken seit nunmehr sieben oder acht Jahren in einer Krise, die sie bisher aus eigener Kraft nicht wirklich überwinden konnten. Ist das eine Begründung für die erwähnte Art von Handlungsunfähigkeit?

Beier: Das größte Problem der Gewerkschaften sind zur Zeit die leeren Kassen. Zur Tragödie der Gewerkschaften, die sich vor unseren Augen abspielen könnte, gehört auch, daß gemeinwirtschaftliche Einrichtungen, die jahrezehntelang funktioniert haben, in einem Zeitpunkt darniederliegen, wo aus der Entwicklung in Mitteleuropa neue Herausforderungen auf sie zukommen. Das gilt für das Bankwesen, für die Genossenschaften und für den sozialen Wohnungsbau. Wie kommen die Gewerkschaften aus ihrem Dilemma heraus? Der eine Weg führt über die Wiederherstellung der moralischen Integrität. Den anderen sehe ich auf dem internationalen Feld. Wir können schwerlich an die Traditionen eines Nationalkongresses der deutschen Gewerkschaften anknüpfen. Aber auf europäischer Ebene könnten Lösungen gesucht werden. Freilich dürfte ein europäischer Gewerkschaftskongreß nicht von der deutschen Frage beherrscht werden. Vielmehr hätte die Lösung der europäischen Integration im gewerkschaftlichen Bereich auf die deutsche Entwicklung zurückzuwirken. Wir brauchen den europäischen Dialog, wie er am Beginn der fünfziger Jahre in Recklinghausen gepflegt wurde.

Borsdorf: Es wäre doch immerhin möglich gewesen, daß der DGB deutlich gemacht hätte, daß er sich eine Gewerkschaftsbewegung—gleichgültig wie die gesellschaftspolitische Organisation eines künftigen ostdeutschen Staates aussieht - mit einer so engen Bindung an eine Partei und eine Regierung nicht vorstellen kann. Es wäre weder anti-kommunistisch noch undemokratisch gewesen, wenn man festgestellt hätte, daß das auch in der Vergangenheit nicht sinnvoll war. Es wäre nicht schwer gewesen, über das Fehlen von Autonomie, Demokratie und Pluralität in den Gewerkschaften der DDR zu sprechen und die Bildung gewerkschaftlicher Vertretungen in den Betrieben zu fordern. Der Hinweis auf die Unabdingbarkeit der Tarifautonomie wäre ja wohl nicht sinnlos gewesen. Das wäre auch keine unerlaubte Intervention gewesen. Stattdessen schattenboxen Steinkühler und Rappe gegeneinander.

Dieter Wunder hat diesen Punkt in seinem Beitrag in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ über das Ende des Sozialismus und über die Funktion der Gewerkschaften im Kapitalismus bereits angesprochen. Stehen wir am Beginn einer neuen Arbeiterbewegung?

Steinberg: Zumindest könnten die Ereignisse in Ost- und Südosteuropa Impulse im Hinblick auf eine neue Arbeiterbewegung geben. Ich denke etwa an die Gewerkschaft Solidarnosc oder ähnliche an der Basis entstehende Bewegungen. Allerdings darf man dabei nicht übersehen, daß in den entwickelten Industriestaaten eine Arbeiterbewegung als Bewegung nicht mehr existiert. In Deutschland hat sie schon am Ende der zwanziger Jahre ihren Bewegungscharakter verloren.

Beier: Es gab nie eine einzige große, sozusagen „monolithische“ Arbeiterbewegung, sondern immer einen Plural aus parallelen und seriellen sozialen Bewegungen abhängig arbeitender Menschen: Facharbeiterbewegungen, Landarbeiterbewegungen, Angestelltenbewegungen und so weiter. In Osteuropa wird es solche Bewegungen geben müssen, denn dort ist eine flächendeckende und tiefgreifende Proletarisierung erfolgt, wie sie der westeuropäische Kapitalismus niemals geschafft hat.

Tenfelde: Ich teile die Hoffnung nicht. Ich denke daß die Solidarnosc ein historisches Unikat ist, das mit dem Aufbau einer Parteiendemokratie notwendigerweise rückläufig sein muß. Zur politischen Kraft ist Solidarnosc nur aufgrund der besonderen Rolle der katholischen Kirche in Polen geworden und wegen der Tatsache, daß Kommunisten am meisten Angst vor Arbeitern haben.

Wir werden über kurz oder lang nicht nur in der DDR, sondern in den Staaten Osteuropas ein demokratisches System wiederfinden, in dem präzise das eintreten wird, was bei uns eingetreten ist – der Funktionsverlust der klassischen Arbeiterbewegung. Das kann ein Gewinn für die Gewerkschaften sein, weil sie mehr und mehr zu authentischen Repräsentanten dessen werden können, was man noch Arbeiterklasse nennen kann.

Mommsen: Ich halte das für einen sehr interessanten Gedanken. Wie kann man sich der Illusion hingeben, daß es echte Duplikate der westeuropäischen oder zentraleuropäischen Demokratien geben kann, ohne daß es eine demokratische Arbeiterbewegung als Organisation gibt? Das ist die gegenwärtige Konstellation. In Ungarn und in der Tschechoslowakei versucht man auf die ältere sozialdemokratische Struktur zurückzugreifen. Das ist dort leichter, weil die Sozialdemokratie Mehrheitspartei war. Die Sozialdemokratische Partei wird dort in der Konkurrenz zu bürgerlichen und landwirtschaftlichen Parteien stehen - wie in den späten vierziger Jahren und zum Teil schon in den zwanziger Jahren.

Meines Erachtens müßte man die sich jetzt bietende Möglichkeit, einen freien Sozialismus zu entwickeln, im Westen aufnehmen. Bisher wurde diese Chance, die ältere sozialdemokratische Tradition wirklich neu zu beleben, nicht genutzt. Die Schlußfolgerung aus den verpaßten Gelegenheiten ist die, daß es überhaupt nicht mehr auf der Parteiebene geht, sondern nur noch auf der Ebene freiheitlicher Gewerkschaften. Ob das gelingt, kann man jetzt noch nicht sagen, vielleicht sind die bestehenden Staatsgewerkschaften auch die am wenigsten umformbaren Institutionen. Damit stellt sich wieder die alte Frage, ob es überhaupt möglich ist, ohne eine grundlegende Änderung der Eigentumsverfassung in der DDR eine Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, ob freie Gewerkschaften also eine freie Wirtschaftsstruktur voraussetzen oder nicht.

Die Gewerkschaften in der europäischen Gemeinschaft werden an dieser Frage nicht vorbeikommen können, sie wird ihnen demnächst ins Haus geliefert. Die westdeutsche Politik einschließlich der der Gewerkschaften läuft unter dem Motto „Wir wollen uns nicht einmischen“. Das ist aber keine Politik, sondern ein Verlegenheitsprodukt- man ist nicht imstande zu optieren. Im Ergebnis führt das zu grotesken politischen Ergebnissen, die überhaupt nicht mehr kontrollierbar sind.